

Grundsatzgedanken einer politisch interessierten Bürgerin

Die politischen Parteien suchen ihre Grundsatzprogramme, um sich von einander zu unterscheiden. Auch ich habe mir dazu Gedanken gemacht.

Demokratie

Demokratie heißt Herrschaft des Volkes.

Das Volk, die Bevölkerung, setzt sich aus vielen unterschiedlichen Individuen zusammen. Der Trend der gesellschaftlichen Entwicklung zeigt, dass diese Unterschiedlichkeit immer mehr anerkannt und berücksichtigt wird, wie z.B. bei den neuen Familienstrukturen oder der Homo-Partnerschaft.

In "Austria plus, 6/2009", sagt Fritz Kaltenecker, der Generalsekretär der ÖVP, es gelte, "Grundsätze, die seit ihrer Gründung in ihren Grundfesten bestehen, in eine neue Form zu gießen". Alte Strukturen, wie die traditionelle Familie, sollen dem Zeitgeist angepasst, neue Strukturen müssen abgesichert werden. Der Trend geht nach Anerkennung der Vielfalt.

Gleichstellung von Mann und Frau

Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit muss selbstverständlich sein. Fatal jedoch ist die von der falsch verstandenen Emanzipation der Frauen geforderte Gleichheit von Mann und Frau. Sie sind gleichwertig, aber unterschiedlich nicht nur in ihrem äußeren Erscheinungsbild, sondern auch in ihren unterschiedlichen Reproduktionsaufgaben, von denen die Frauen die schwerere Last zu tragen haben. Es ist ein fataler Irrtum, dass Frauen selbst heutzutage den Männern gleich sein wollen, statt in erster Linie zu sich selbst zu stehen. Zugegeben, es ist heute die einzige Möglichkeit, Eigenständigkeit zu erlangen. Fatal ist es in demographischer Hinsicht, weil Frauen durch ihr Bestreben, es den Männern gleich zu tun, ihre Fähigkeit und Aufgabe, Mutter zu sein, immer mehr verdrängen. Kinderlose Frauen passen gut in die von Männern, für Männer errichtete Arbeitswelt. Anders ist es, wenn sie Mütter werden.

Wirtschaft und Arbeit

Die Wirtschaft ist bestrebt, den Geldfluss in Schwung zu halten und ist darauf bedacht, immer mehr Geld zu erwirtschaften und Reiche immer reicher zu machen. Das Geld müsste gerechter verteilt werden.

Es geht um Steuern, Sozialleistungen und Arbeitsplätze. Die Steuern besorgt die arbeitende Bevölkerung. Damit es genügend Steuern gibt, müssen genügend Arbeitsplätze vorhanden sein. Heutzutage nehmen die Sozialleistungen überhand, weil die Arbeitslosigkeit und damit die Armut zunimmt.

Wir haben heuer das "**European Year of a campaign against poverty and social exclusion**". Es geht um Sozialleistungen und Arbeitsplätze, um Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen.

Familienpolitik

Sonderbar, dass Familien kein eigenes Thema in der Politik sind, obwohl der Grundstock des Staates aus Familien besteht und jeder Mensch einer Familie angehört oder selbst eine hat.

Es sind vor allem die Alleinverdiener- und Mehrkindfamilien, sowie die Alleinerziehenden, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind. Besonders schwer tun sich die Alleinerziehenden, aber auch die Alleinverdienerfamilien, weil ein Durchschnittsgehalt für das Auskommen der Familie nicht reicht und ein Elternteil aus der Arbeitswelt ausgegrenzt ist.

In "Familien als Gewinner" (SN, 28.12.09) werden angeführt: Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten, einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld, Gratiskindergarten. Das sind alles Ausgaben des Staates von unseren Steuergeldern. Neue Arbeitsplätze erfordern ebenfalls Investitionen unserer Steuergelder, aber sie bringen auch neue Steuern.

Kontrastprogramm der Parteien:

Die SPÖ setzt auf Sozialleistungen, die ÖVP auf das Leistungsprinzip

Wir brauchen beides! Die Transferleistungen für die Familien nehmen überhand, aber sie bringen keine neuen Arbeitsplätze. Wir brauchen jedoch neue Arbeitsplätze.

“Ein Arbeitsplatz in der Familie”, ein neues Jobmodell statt überbordender Sozialleistungen,

für den Elternteil, der zu Hause die Arbeit mit Kind, Haushalt und Familienbetriebsführung übernimmt und aus der Arbeitswelt ausgegrenzt ist! Es bedeutet ökonomische Sicherstellung aller Familien in normalen und Krisenzeiten. Verliert ein Elternteil in einer Doppelverdienerfamilie seinen Arbeitsplatz, kann er statt Arbeitslosengeld zu beziehen, den Arbeitsplatz zu Hause übernehmen. Es bedeutet mehr Zeit der Eltern für ihre Kinder. Ein Kinderbetreuungsplatz zu Hause wäre vorhanden und entlastet die öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen.. Für Kinderbetreuung müsste auch eine entsprechende Qualifikation der Eltern nachgewiesen werden. Es gäbe neue Erwerbstätige und Wahlfreiheit für die Eltern. Auch könnte es ein Anreiz sein für junge Menschen, Familien zu gründen, wenn wenigstens ein Job in der Familie sicher wäre.

Die vom Joanneum Research Graz angeführten Transferleistungen für ärmere Familien ergäben leicht ein bedarfsorientiertes Einkommen für diese Familien. Außerdem gehört der **FLAF**, der Familienlastenausgleichsfond aufgestockt. Er bestreitet das Kinderbetreuungsgeld, die Familienbeihilfe und andere Familienleistungen. Er weist aber immer hohe Defizite auf, weil er zur Auffüllung anderer Budgets herangezogen wird und die Beiträge zu niedrig sind im Vergleich zu denen, die man für Pensionen zahlt.

Bildung

Es ist ärgerlich, dass Eltern mit ihren Kindern lernen oder für Nachhilfeunterricht zahlen müssen. Warum denkt man in der Bildungspolitik nicht in erster Linie an Entrümpelung des Lehrstoffes, an Befreiung von Ballast, den man nie im Leben braucht. Interesse weckende Einführung in alle Gegenstände und Spezialausbildung für Interessierte und Begabte wäre ein Vorschlag.

Generationenproblem

Die demographische Entwicklung zeigt, dass es immer mehr ältere Menschen gibt und immer weniger Nachwuchs. Die Erwerbstätigen zahlen die Pensionen der älteren Generation. Es muss in die Jungen investiert werden. Sie brauchen Arbeitsplätze, um für die Pensionen der Älteren aufzukommen und selbst für Nachkommen sorgen zu können. Die Pensionisten sollten ihre Einkommensbezüge untereinander selber regeln. Eine Mindestpension beträgt seit 1.1.07: 726,- Euro. Bezieher höherer Pensionen könnten aus Solidarität miteinander etwas abgeben für die Bezieher von Mindestpensionen, indem Pensionisten mit mehr als 2000,- netto iM wieder Pensionsbeiträge zahlen.

Graz, Februar 2010

Dr. Herta Herglotz